

Von Aufzügen und Fußballfeldern

Wie Gemeinden in ihrer Entwicklung vom Umweltministerium ausgebremst werden

Von Michèle Gantenbein

Luxemburg ist Opfer des eigenen Erfolgs. Immer mehr Menschen ziehen in das kleine Wohlstandsland oder versuchen, zumindest hier Arbeit zu finden. Doch die Landesentwicklung hinkt der demografischen Entwicklung hinterher. Die Wohnungen werden immer teurer und die Staus immer länger. Dagegen will die Regierung vorgehen: mit einem besseren öffentlichen Transportangebot, mit sanfter Mobilität und erschwinglichen Wohnungen. Um das zu erreichen, ist sie auf die tatkräftige Unterstützung der Gemeinden angewiesen. Umso enttäuschender ist es für Gemeinden, wenn sie genau das vorhaben, was die Regierung propagiert, dann aber feststellen, dass ihnen Steine in den Weg gelegt werden.

Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Hesperingen, die seit Jahren mit Verkehrsproblemen zu kämpfen hat. Seit der Erschließung des Ban de Gasperich hat sich die Lage noch verschlimmert. Der Bau der Umgehungsstraße, die die Route de Thionville entlastet, ist notwendiger denn je. Im Herbst soll die öffentliche Konsultierungsdebatte zum geplanten Contournement stattfinden. So hat es die Regierung jedenfalls angekündigt. Was noch fehlt, so Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) gestern auf LW-Nachfrage, seien Informationen von der Straßenbauverwaltung. Liegen diese vor, hat das Umweltministerium drei Monate Zeit, um ein Gutachten abzugeben, was aber nicht bedeuten muss, dass es so lange dauert. Bürgermeister Marc Lies (CSV) hofft jedenfalls, dass die Konsultierungsdebatte wie geplant im Herbst stattfinden wird.

Doch die Umgehungsstraße ist nicht seine einzige Sorge. Die Gemeinde hat bereits mehrere soziale Wohnbauprojekte mit den beiden öffentlichen Bauträgern Fonds du logement und SNHBM umgesetzt. Nun plant sie ein weiteres Projekt. Auf einem 1,8 Hektar großen Areal unweit der neuen Feuerwehrkaserne sollen 45 Wohneinheiten entstehen, die zu erschwinglichen Preisen verkauft oder vermietet werden.

Gemeinde besitzt 76 Prozent der Flächen

Die Kommune hat bereits vor Jahren angefangen, die Grundstücke zu erwerben, und besitzt heute 76 Prozent der Flächen. Doch nun riskiert, das Vorhaben zu scheitern, denn sowohl die Umwelt- als auch Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) haben ein negatives Gutachten zu der PAG-Erweiterung abgegeben. Laut Bürgermeister Marc Lies ist dies die einzige Erweiterung, die die Gemeinde im Rahmen der PAG-Reform beantragt hat. Insgesamt verringere sich der kommunale Bebauungsplan um 2,7 Hektar. Die Gemeinde habe 4,5 Hektar Bauerwartungsland herausgenommen, „weil sich diese Flächen gemäß Artikel 17 und 21 des Naturschutzgesetzes nicht für Wohnungsbau eignen“, so der Hesperinger Bürgermeister.

Umweltministerin Carole Dieschbourg bestätigte gestern, dass sie die Entwicklung auf dem 1,8 Hektar großen Areal kritisch sehe. Sowohl aus urbanistischer als auch aus landesplanerischer Sicht gebe es Bedenken. Sie betonte aber auch, dass es sich lediglich um ein Gutachten handle und der Prozess noch nicht abgeschlossen sei. Bevor eine endgültige Entscheidung



Mit einem Aufzug gegenüber der Place Jomé, der Hesperingen mit dem Holleschbiert verbindet, will die Gemeinde die sanfte Mobilität fördern und den Autoverkehr reduzieren.

Foto: Pierre Matgé

falle, werde man sich mit der Gemeinde zusammensetzen, um die Gelegenheit zu diskutieren.

Dass die Regierung die Erweiterung kritisch sieht, kann der Bürgermeister nicht nachvollziehen. Das Argument, es handle sich um eine tentakelartige Entwicklung (développement tentaculaire), hält der Bürgermeister für nicht zulässig. „Das Gebiet ist erschlossen, aus landesplanerischer Sicht macht es absolut Sinn, dieses Areal zu bebauen“, so Lies' Überzeugung.

Ausbau der sanften Mobilität

Die Gemeinde hat auch Pläne im Bereich der sanften Mobilität und möchte die kommunalen Radwege auf 13 Kilometer Länge ausbauen. Eine Entscheidung, welche Verbindungen in das nationale Radwegenetz aufgenommen werden, steht noch aus. Darüber hinaus plant sie gegenüber von der Place Jomé den Bau eines Aufzugs, der das Zentrum von Hesperingen mit dem Holleschbiert verbindet. Der Aufzug besteht aus einem Schacht, der am Felsen entlang hochgezogen und dank einer 40 Meter langen Brücke mit dem Holleschbiert verbunden wird. Die direkte Verbindung würde den Autoverkehr zum Holleschbiert erheblich reduzieren. Doch auch in diesem Fall

scheint das Umweltministerium auf der Bremse zu stehen.

Im Juni hat die Gemeinde Kontakt mit Beamten des Umweltministeriums aufgenommen, um das Projekt vorzustellen, und reichte ein Dossier explicatif mit zusätzlichen Details zum Projekt nach, in der Hoffnung, das Ministerium würde den Aufzug als „Projekt von öffentlichem Nutzen“ (projet d'utilité publique) anerkennen. In dem Fall reicht eine Naturschutzgenehmigung, um den Aufzug zu bauen. Andernfalls muss die Gemeinde eine punktuelle PAG-Anpassung beantragen, weil der Bau der Plattform in eine Grünzone hineinreicht. Hintergrund ist das neue Naturschutzgesetz vom Juli 2018. Eine Umklassierung aber hätte Umweltprüfungen zur Folge und würde den Bau zeitlich verzögern.

Nun war es laut Marc Lies aber so, dass Beamte vom Umweltministerium „uns mündlich mehrfach darauf hingewiesen haben, dass der Aufzug nicht von öffentlichem Nutzen sei und wir deshalb eine punktuelle Anpassung des PAG beantragen müssten“. Um Sicherheit zu haben, habe der Schöffenrat die Umweltministerin im Juni schriftlich um ihre Einschätzung gebeten. Eine Antwort steht bis heute aus.

Beamte greifen Entscheidungen vor

Der Hesperinger Bürgermeister ist verärgert: „Seit das neue Naturschutzgesetz in Kraft ist, werden wir nur noch gebremst.“ Auch der Bau eines synthetischen Fußballfeldes in Itzig neben dem bestehenden Fußballfeld wird nicht ohne punktuelle PAG-Anpassung möglich sein, weil das Grundstück sich – wie das bestehende Feld – in einer Grünzone befindet. Das sei jedenfalls die mündliche Rückmeldung,

● Ich will der Gemeinde keine Steine in den Weg legen.

Carole Dieschbourg

die er von einem Beamten aus der Natur- und Forstverwaltung bekommen habe. Beamte greifen einer offiziellen ministeriellen Entscheidung demnach offenbar vor.

Auch was den Aufzug in Hesperingen betrifft, hieß es auf Nachfrage von einem Beamten aus dem Umweltministerium zunächst schriftlich, die Gemeinde müsse eine PAG-Änderung beantragen. Umweltministerin Carole Dieschbourg relativierte dies gestern aber und meinte, die Entscheidung sei noch nicht gefallen. Welcher Weg der richtige sei, sei noch juristisch zu prüfen. Ihr sei wichtig, die Gemeinden richtig zu beraten. „Wir wollen kohärente Entscheidungen treffen, damit alle Gemeinden gleich behandelt werden“, so die Ministerin.

Weiter betonte sie, dass sie die Idee eines Aufzugs begrüße und es nicht ihr Anliegen sei, der Gemeinde Steine in den Weg zu legen. Persönlich tendiere sie zur Einschätzung, dass das Kriterium „von öffentlichem Nutzen“ gegeben sei, „aber wenn meine Beamten juristische Zweifel haben, kann ich diese nicht ignorieren“. „Ich würde mich freuen, wenn das Projekt schnell realisiert werden könnte“, meinte sie. Noch diese Woche werde sie eine Arbeitssitzung einberufen, um Klarheit zu schaffen.

● Seit das neue Naturschutzgesetz in Kraft ist, werden wir nur noch gebremst.

Marc Lies